

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeigen und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint wochentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreis: Die Belegzahlungen für Anzeigen aus Aue und Umgebung 20 Pfennige, auswärtige Anzeigen 30 Pfennige. Nichtannahme für 20 Pfennige, unentgeltliche Stellen für 1 Reichsmark, wöchentlich 20 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1008

Nr. 104

Donnerstag, den 5. Mai 1927

22. Jahrgang

Sindenburgs Unterschrift gefälscht.

Großangelegte Betrugsaktionen gegen Reichsbehörden.

Berlin, 4. Mai. Der Kriminalpolizei ist es dieser Tage durch einen Zufall gelungen, einen großen, gegen mehrere Reichsbehörden geplanten Betrug zu vereiteln. Im Büro eines bekannten Berliner Bankiers wurde der Kaufmann Max Lestowitsch aus der Boeckstraße 21 verhaftet. Bei einer Hausdurchsuchung fand man eine Anzahl gefälschter Stempel der höchsten Reichsbehörden.

Wie sich herausstellt, hat Lestowitsch mit Hilfe dieser raffiniert gefälschten Stempel eine ganz groß angelegte Betrugsaktion gegen eine der Reichsbehörden nicht nur geplant, sondern bereits eingeleitet, und nur einem Zufall ist es zu danken, daß der Betrug unmittelbar vor der Vollendung scheiterte.

Vor einiger Zeit erschien Lestowitsch beim Reichswehrministerium und verlangte einen bestimmten hohen Offizier zu sprechen. Er weigerte sich zunächst, nähere Angaben über den Zweck der Unterredung zu machen, und wies sich schließlich durch ein Empfehlungsschreiben des Chefs einer deutschen Botschaft einer ausländischen Hauptstadt aus.

In diesem Schreiben wurde empfohlen, dem Heberbringer, der sich „von Schenk“ nannte, für wichtige Dokumente, die er angeblich im Besitz hätte, einen hohen Betrag auszus zahlen. Auf dem gleichen Brief war auf einer der anderen Seiten eine angebliche Anweisung

des Reichspräsidenten von Sindenburg, dem Heberbringer v. Schenk für die betreffenden Dokumente, die der Reichspräsident gleich zurückbehalten habe, die Summe von 75 000 Reichsmark auszus zahlen. Außer der Unterschrift trug der betreffende Teil des Briefes den Stempel des Büros des Reichspräsidenten.

Auf diese „Unterlagen“ hin wurde dem angebl. v. Schenk bedeutet, er möge sich zu einer bestimmten Zeit in einem bestimmten Kaffee einfinden, dort werde ihm ein Offizier den Betrag überreichen. Zur verabredeten Stunde kam der Offizier mit einem in Brillen gekleideten Begleiter in das Kaffee, um durch den Begleiter die Hebergabe der Geldsumme bezugehen zu lassen. Der angebl. v. Schenk scheint jedoch daraus Verdacht geschöpft zu haben. Der Offizier jedenfalls wartete vergeblich auf den Mann, dem er die 75 000 M. des Reichswehrministeriums ausshändigen sollte.

Jetzt entschloß man sich im Reichswehrministerium, genauere Nachfrage zu halten. Da der Reichspräsident sich gerade in Hannover aufhielt, rief man telefonisch bei den ihm beigeordneten Herren des Büros dort an und erfuhr nunmehr sofort, daß es sich um einen Schwindler handelte. Sofort angestellte Nachforschungen blieben zunächst ohne Erfolg, bis der Schwindler, der mit wirklichem Namen Lestowitsch heißt, in die Falle ging.

Was erwarten die Arbeitnehmer von der Weltwirtschaftskonferenz?

Rußlands Stellung zum Völkerbund.

Genf, 3. Mai. Die Delegierten und Sachverständigen, die zur Vertretung der Arbeiterinteressen an der Weltwirtschaftskonferenz teilnehmen, haben heute in einer gemeinsamen Sitzung programmatische Richtlinien aufgestellt, die sämtlichen Konferenzteilnehmern mitgeteilt werden sollen, und in denen die Arbeitervertreter auf folgende vier Punkte besonderen Wert legen:

Beseitigung der Schranken gegen den internationalen Handel, Verbesserung und soziale Angleichung der Arbeitsverhältnisse in allen Ländern, Kontrolle der monopolisierten Industrien, Vermehrung der landwirtschaftlichen Erzeugung und bessere Organisation der Absatzverhältnisse für landwirtschaftliche Produkte.

Am einzelnen verlangen die Arbeitervertreter die Anerkennung des Achtstundentages durch Ratifizierung des Washingtoner Abkommens, Einrichtung eines internationalen Kontrollamtes für Preisgestaltung und Absatzverhältnisse, Schaffung eines internationalen Wirtschaftsammtes, das u. a. die Anwendung der Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz beobachten soll. Bei den Beratungen waren die deutschen Arbeiter durch Gewerkschaftssekretär Eggert und Reichstagsabg. Hilferding vertreten.

Die Sowjetvertretung für die Wirtschaftskonferenz

Berlin, 3. Mai. Der Führer der russischen Delegation für die Weltwirtschaftskonferenz, der frühere Volkskommissar Ossinski, empfing heute nachmittag auf der Berliner Sowjetbotschaft einige Pressevertreter, denen er Erklärungen über die Intentionen seiner Regierung bzw. der Delegation abgab. Ossinski wandte sich gegen Gerüchte, wonach die Besichtigung der Konferenz eine Verringerung der Sowjetpolitik gegenüber dem Völkerbund selbst bedeute. Die Teilnahme an einer Sonderkonferenz bedeute keinesfalls eine Bindung bezüglich des Völkerbundes. Er gab dann eine Darstellung der Absichten der Sowjetdelegation bezüglich ihrer Mitarbeit an der Konferenz, Absichten, die sich im wesentlichen mit denjenigen der übrigen Delegationen decken dürften, jedoch in einem besonderen Punkte auch die Auseinandersetzung über die „wirtschaftliche Co-Existenz zweier gegensätzlicher wirtschaftlicher und sozialer Systeme“, des kapitalistischen und des sozialistischen, bezwecken. Der Sowjetdelegierte sprach schließlich die Hoffnung aus, daß trotz des grundsätzlichen Unterschiedes zwischen seiner und aller übrigen Delegationen in Bezug auf ihren prinzipiellen und besonderen Standpunkt eine Mitarbeit mit einer Reihe von Delegationen in einer Reihe von Fragen möglich sein werde und fand dabei freundliche Worte für die deutsche Konferenzarbeit.

Die Besprechungen zwischen Jugoslawien und Deutschland.

Berlin, 3. Mai. Von einem angeblich in Belgrad geäußerten Wunsch Jugoslawiens, mit Deutschland einen Freundschaftsvertrag abzuschließen, ist, wie die Blätter erfahren, in maßgebenden Kreisen nichts bekannt. Es besteht lediglich die Absicht, zunächst eine Klärung der deutsch-jugoslawischen Handelsbeziehungen vorzunehmen.

Katowski über die französisch-russischen Schuldenverhandlungen.

Paris, 3. Mai. Sowjetbotschafter Katowski erklärte dem Vertreter des „Sole“ über den Stand der französisch-russischen Schuldenverhandlungen, es bestehe Einigkeit über die durchschnittlichen Jahreszahlungen und über die Anzahl der Jahreszahlungen, jedoch wünsche Rußland für die ersten Jahreszahlungen Zahlungsverzögerungen auf Grund einer steigenden Stafel, während man französischerseits der Ansicht sei, daß Frankreich hinsichtlich der Durchschnittshöhe der Jahreszahlungen beträchtliche Zugeständnisse unter der Bedingung gemacht habe, daß die von Rußland geforderten Verzögerungen ausgeschlossen bleiben. Weiterhin wolle Frank-

reich aber die neu an Rußland zu gewährenden Kredite erst nach Erledigung der Schuldenfrage verhandeln, während Rußland die Kreditfrage vor der Schuldenfrage behandelt wissen will.

Zentralauschussung der Paneuropäischen Union.

Paris, 3. Mai. Der Zentralauschuss der Paneuropäischen Union ist gestern in Paris unter dem Vorsitz des Grafen Coudenhoven zu einer Sitzung zusammengetreten. Deutschland war vertreten durch Prof. Sängler, Oesterreich durch den österreichischen Gesandten in Paris, Dr. Grünberger. Es handelt sich um die Vorbereitung des Programms des zweiten Paneuropäischen Kongresses, der vom 9. bis 11. Oktober in Brüssel stattfinden wird.

Der angebliche Wahlschwindel in Wien.

Wien, 3. Mai. Von seiten der bürgerlichen Parteien werden in der Presse und in Versammlungen Beschuldigungen gegen die Sozialdemokratie wegen angeblichen Wahlschwindels erhoben, die einen derartigen Umfang und so bestimmte Form annehmen, daß man in parlamentarischen Kreisen mit dem offiziellen Einspruch der Vertreter der bürgerlichen Einheitsliste gegen das Ergebnis der Wahlen zum Nationalrat rechnet.

Schulfragen im sächsischen Landtag.

Dresden, 3. Mai. Am Beginn der heutigen Vollziehung des Landtages gab Abg. Dr. Schmitz (Komm.) eine Erklärung ab, daß er niemals die Absicht geäußert habe, zur sozialdemokratischen Partei überzutreten. In zweiter Beratung wurde sodann das Etatskapitel, bet. Auslagen für Landstämme usw., ohne Aussprache angenommen.

Im weiteren Verlaufe erfolgte die zusammengefaßte Beratung von elf Punkten, die sich mit der Volks- und Fortbildungsschule beschäftigten. Zunächst erbatte Abg. Claus (Dem.) den Ausschussbericht über das Kapitel Volks- und Fortbildungsschulen. Es folgte die Begründung einer Reihe von Anträgen und Anfragen hierzu. Abg. Stegert (Dnt.) verlangte die Errichtung örtlicher Versuchsschulen. Volksschulminister Dr. Kaiser stimmte dem Antrage im Prinzip zu. Es handelte sich in der Hauptsache wohl um die Errichtung evangelischer Versuchsschulen. Man müsse aber vorher prüfen, ob eine solche Einrichtung auch für die Zukunft Bestand haben werde. Abg. Grelmann (Dnt.) begründete einen Antrag betr. das Häufigkeitsrecht der Lehrer. Von der Wirtschaftspartei lag ein Antrag auf Verringerung des Schulbezirksgebietes vor, der vom Abg. Genitschel begründet wurde. Danach soll die Wahl der Elternvertreter künftig durch die Elternräte anstatt durch die Gemeindevertreter vorgenommen werden.

Zu einem kommunistischen Antrage auf Aufhebung der Verordnung über das Schulgebiet nahm Abg. Köpfer das Wort, der weiter die Einführung völliger Lernmittelfreiheit, Schulkinderbesetzungen usw. forderte. Eine weitere sozialdemokratische Anfrage befaßte sich mit dem Verbot der Ueberlassung von Schulräumen an politische Parteien zu Versammlungszwecken. Die Regierung wird gefragt, warum sie einem bereits früher gefaßten Landtagsbeschlusse auf Aufhebung der Verordnung noch nicht gefolgt sei.

Ein deutschnationaler Antrag auf Verringerung des Anpaßungsschulgesetzes wurde durch den Abg. Grelmann begründet, der die Einführung der Verhältniswahl bei der Lehrerververtretung forderte. Abg. Dr. Seyferth (Dem.) verlangte in einem Antrage zum Schulbedarfsgesetz von der Regierung einen Plan über die baldige Durchführung des Schulbedarfsgesetzes vom 31. Juli 1922 hinsichtlich der Pflichtstundenzahl. Schließlich begründete Abg. Kunath eine Anfrage der Wirtschaftspartei, in der die Beseitigung von Ueberstunden der Handelslehrer verlangt wurde zugunsten älterer Schulamtskandidaten. Wirtschaftsminister Dr. Wilhelm versicherte, daß er entsprechende Anordnungen treffen werde.

Die Aussprache über sämtliche elf Punkte wurde ebenfalls zusammengefaßt. In erster Stelle wandte sich Abg. Wedel (Soz.) besonders gegen den Volksschulminister, dessen Beseitigung vom Amte seine Partei mit allen Mitteln erstrebe. — Abg. Claus (Dem.) bedauerte die schlechten Anstellungsverhältnisse der Lehrer. Früher sei ein Volksschullehrer mit dem 23. Lebensjahre ständig geworden, heute seien nicht einmal ausreißend Stellen für 27 Jahre alte Lehrer vorhanden. Die Regierung zeige hier leider der Volksschule nicht das Entgegenkommen wie der höheren Schule. Es müßten gesetzliche Bestimmungen geschaffen werden, wonach für dauernd benötigte Lehrkräfte die entsprechende Zahl von Stellen zu errichten sei. Die Einführung der mittleren Reife sei nicht durch Verordnung, sondern durch Gesetz zu regeln.

Volksschulminister Dr. Kaiser ging sodann auf die einzelnen Anträge und Anfragen ein. Die Schulraumnot sei im Wesentlichen behoben. Die höheren Abteilungen der Volksschule seien keineswegs Ständeschulen, sondern nur bestimmt, die Ziele und das Niveau der Volksschule höher zu schrauben. Es handelte sich nicht um eine Schule für mehr Begabte, sondern für mehr Begabte. Der Minister wandte sich dann gegen die Ausführungen des Abg. Wedel über die Höhe gegen die Volksschule und bedauerte die Einstellung eines Teiles der Lehrerschaft gegen ihn, die eine bessere Verständigung zwischen Ministerium und Volksschullehrerschaft verhindere. Er meinte am Schlusse seiner Ausführungen, daß die Schularbeit in Sachsen immer noch auf einer Höhe stehe, die einen Vergleich mit den anderen deutschen Ländern durchaus vertrage.

Landeschulsausschuß der Deutschen Demokratischen Partei in Sachsen.

Dresden, 2. Mai. Der Landeschulsausschuß der Deutschen Demokratischen Partei in Sachsen hielt am Sonnabend, den 30. April ds. J. in Dresden eine erweiterte Sitzung ab, an der über 100 Volksschullehrer, Lehrer höherer und Berufsschulen sowie Nichtlehrer aus allen Teilen des Landes teilnahmen. Nachdem der Vorsitzende die zahlreich er-